

Beitrag

für die 12. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

zum Tagesordnungspunkt 1

"Zu den Maßnahmen in den Vereinten Streitkräften
im Zusammenhang mit den von Genossen L. I. Breshnew
in seiner Rede am 06. Oktober 1979 in BERLIN dargelegten
neuen Friedensinitiativen"

Genossen Minister!

071

Genosse Oberkommandierender!

Genossen Generale, ^{Gen.} Admirale und Offiziere!

Gestatten Sie mir, zu Beginn der 12. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages meinen aufrichtigen Dank an den Vorsitzenden und Gastgeber dieses Treffens, den Minister für Nationale Verteidigung der Volksrepublik Polen, Genossen Armeegeneral Jaruzelski, zum Ausdruck zu bringen für den herzlichen Empfang, die erwiesene Gastfreundschaft und die umsichtige Vorbereitung der Sitzung, die hier in WARSCHAU stattfindet, jener Stadt, in der vor nahezu 25 Jahren unser Klassen- und Waffenbündnis begründet wurde und die unserer sozialistischen Militärkoalition den Namen "Warschauer Vertrag" gegeben hat.

Ich möchte mich ebenso herzlich beim Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Genossen Marschall der Sowjetunion Kulikow, beim Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte, Genossen Armeegeneral Gribkow, sowie bei allen Generalen und Offizieren des Stabes der Vereinten Streitkräfte für die Vorbereitung und Abstimmung der Beratungsdokumente bedanken, die eine gute Grundlage für unsere gemeinsame schöpferische Arbeit auf dieser 12. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister bilden.

Erlauben Sie mir außerdem, dem Vizeminister für Nationale Verteidigung und Chef des Generalstabes der Polnischen Armee, Genossen Waffengeneral Siwicki, sowie allen Organisatoren dieser Sitzung für die geschaffenen Arbeitsbedingungen, die Unterbringung und Betreuung zu danken.

Teure Genossen!

Ich möchte den Einschätzungen und Vorschlägen, die der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , in seinem Vortrag dargelegt hat, vollinhaltlich zustimmen.

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR schätzen die Abrüstungs- und Friedensinitiativen, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breshnew, am 6. Oktober während der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR unterbreitet hat, außerordentlich hoch ein. Der im Einvernehmen mit der DDR und den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gefaßte Beschluß der UdSSR, 20 000 Mann, 1 000 Panzer und andere Kampftechnik der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland binnen Jahresfrist einseitig abzuziehen, ist ein erneuter und überzeugender Ausdruck des unerschütterlichen Friedenswillens der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.

Gemeinsam mit der UdSSR und den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages tritt die DDR für energisches Handeln ein, um die Entspannung zu festigen, die Truppen und Rüstungen zu begrenzen und eine reale Abrüstung zu erwirken. Die DDR hat an der Seite ihrer Verbündeten schon in den vergangenen Jahren keine

geringen Anstrengungen unternommen, um Europa aus einem Kontinent der Spannungen und Kriege in eine Region stabilen Friedens und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zu verwandeln.

Es ist sicher kein Geheimnis, daß wir dabei bewußt eine ganze Reihe ökonomischer Belastungen und politischer ~~Risiken~~ eingegangen sind, die mit dem millionenfachen Besucherverkehr aus der BRD und aus Westberlin, mit den vergrößerten Möglichkeiten des Einwirkens der gegnerischen Massenmedien und den erforderlichen Maßnahmen zur Verstärkung der Grenzsicherung und staatlichen Sicherheit zur Abwehr von offenen und verdeckten feindlichen Anschlägen zusammenhängen.

Dank der unbeugsamen leninschen Politik der KPdSU, der SED und der anderen Bruderparteien, dank der großen politischen Weisheit und Energie namentlich des ZK der KPdSU und seines Generalsekretärs gelang es unseren Bruderländern bisher immer, die äußerst empfindlichen Wechselbeziehungen zwischen der Sicherung des Friedens und der Stärkung des Sozialismus, zwischen der militärischen Entspannung und der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der befreiten Arbeiter und Bauern exakt zu berücksichtigen.

Ich kann mit Stolz sagen, daß die Armeeangehörigen, aber auch die ~~Mehrzahl der~~ Werktätigen der DDR, die unbedingte Einheit von Entspannungsschritten und Stärkung der Verteidigungsbereitschaft des Sozialismus verstanden hat, gutheißt und sich selber aktiv daran beteiligt.

Das zeigt besonders die umfassende Volksaussprache, die sich über die vom Nationalrat der Nationalen Front formulierte "Willenserklärung der DDR" entwickelte. Dort heißt es: "Wenn es um die Sicherung des Friedens geht, darf es kein Zögern geben. Wir haben unser Land nicht aus Ruinen aufgebaut, damit noch einmal alles in Trümmer sinkt. Was unser Fleiß schuf, darf nicht wieder zerstört werden. Wir unterstützen die Friedensinitiative Leonid Breshnews. Wir fordern: Keine neuen Atomraketen in Westeuropa - dafür Schritte zur Abrüstung!"

Diese Willenserklärung wurde von 13,1 Millionen Bürgern unseres Landes unterzeichnet, das sind 96 Prozent aller Einwohner über 14 Jahre. Besonders bemerkenswert ist, daß die Unterschriftenlisten nicht in Betrieben, Einrichtungen und Schulen auslagen, sondern daß die Agitatoren der Nationalen Front in jede Hausgemeinschaft, in jede Wohnung gingen. Eine breite und spontane Zustimmung zeigte sich in allen Schichten unseres Volkes, ~~auch bei den Pfarrern der verschiedenen Religionsgemeinschaften, die in allen Massenmedien und auch auf Kirchen~~

~~tagungen ihrer westdeutschen Glaubensbrüder~~ ^{die} aktiv für die Vorschläge des Genossen Breshnew eintraten.

^{Die} Zehntausende Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Handwerker, Geistes-schaffende erklärten: Frieden und Sozialismus gehören zusammen. Der Sozialismus braucht Frieden und bringt Frieden.

In der Volksaussprache über die Willenserklärung fand der bedeutsame Artikel des Genossen Ustinow in der "Prawda", der vom "Neuen Deutschland" in vollem Wortlaut veröffentlicht wurde, eine breite Zustimmung, besonders natürlich bei den Armeeingehörigen, den Grenzsoldaten, den Angehörigen der anderen ^{Sicherheitsorgane} ~~und der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, der Zivilverteidigung und der Gesellschaft für Sport und Technik.~~

Mit Besorgnis und Empörung reagierten die Werktätigen und die Armeeingehörigen der DDR auf die ablehnende Haltung maßgeblicher Kreise der USA, der BRD und anderer NATO-Staaten gegenüber der sowjetischen Friedensinitiative. Auf der künftigen NATO-Ratstagung werden, wie Genosse Marschall der Sowjetunion Ustinow hervorhob, "nicht etwa die Pläne der Auswechslung von Systemen erörtert, die zur Ausrüstung der USA in Europa gehören, sondern das Programm einer grundlegenden quantitativen und qualitativen Veränderung des in diesem Raum stationierten amerikanischen Kernwaffenpotentials, das für die Lösung strategischer Aufgaben bestimmt ist."

Eine zwielfichtige Rolle in diesen Plänen spielen die führenden Politiker der BRD und der beiden Regierungsparteien SPD und FDP. ~~Aus verschiedenen Gründen wagen einige SPD-Führer - im Unterschied zu der vom Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, geführten Gruppierung der westdeutschen Monopolbourgeoisie und des Militärisch-Industriellen Komplexes - keine rückhaltlose und eindeutige Unterstützung der USA-Atomraketenpläne.~~ Da unter den einfachen SPD-Mitgliedern starke Stimmungen gegen die neuen Mittelstreckenraketen - deren Mehrzahl auf westdeutschem Boden stationiert werden sollen - vorhanden sind, tarnt die SPD-Führung ihre Zustimmung zu dieser das Kräfteverhältnis schroff verändernden Entscheidung mit einer demagogischen Position scheinbarer Abrüstungsbereitschaft.

Die sogenannten "Nachrüstungsmaßnahmen" der NATO, erklärte Bundeskanzler Schmidt vor der SPD-Bundestagsfraktion, könnten angeblich umso begrenzter gehalten werden, wie es gelinge, im SALT-III eine wirkungsvolle Begrenzung der kontinentalstrategischen Systeme von Ost und West zu erreichen. Im Idealfall - so Helmut Schmidt - brauchte "vielleicht auf westlicher Seite gar nicht nachgerüstet" zu werden, wenn die Sowjetunion nämlich "vieles von dem abwrackt, was sie produziert hat."

Der Außenminister der UdSSR, Genosse Gromyko, hat die Zwiespältigkeit und Gefährlichkeit dieser Pläne zur Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses in seinen Verhandlungen mit der BRD-Regierung

und in seiner Bonner Pressekonferenz offen entlarvt. Die Rüstungschefs der USA und der BRD wollen die NATO-Beschlüsse über neue Atomraketen in Westeuropa keineswegs mit dem Ziel fassen, "die Einführung solcher Waffen in Verhandlungen mit dem Osten überflüssig zu machen." Sie wollen diese Waffen und auch die entsprechenden Profite. Der USA-Verteidigungsminister hat auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO deutlich genug erklärt, man könne vom US-Kongreß nicht erwarten, Hunderte von Millionen Dollar für ein neues Waffenprogramm zu bewilligen, wenn die westeuropäischen Staaten nicht willens seien, die Waffen auf ihrem Territorium zu stationieren.

Nebenbei bemerkt, ist bis heute noch nicht die Ratifizierung von SALT-II durch die USA erfolgt und damit die dort vorgesehene Begrenzung der strategischen Offensivwaffen keineswegs gewiß.

Die USA messen nunmehr der Einführung von "Kontinentalstrategischen Waffen", wie der Sicherheitsberater Präsident Carters, Brzezinski, erklärte, die gleiche historische Bedeutung zu wie einst der Schaffung des Strategischen Bomberkommandos durch Präsident Truman und der Einführung der Interkontinentalraketen durch Präsident Kennedy.

Und in der BRD gibt es besonders bei den aggressivsten und auf baldige Revanche drängenden Kräften schon jetzt ein offenes Frohlocken, daß in den 80er Jahren große Teile der UdSSR im Wirkungsbereich von strategischen Kernwaffen liegen werden, "die auf deutschem Boden" stationiert sind!

Partei, Volk und Armee der DDR sehen es folglich als ihre patriotische und internationalistische Pflicht an, auch künftig ihren Platz bei der Verteidigung des Sozialismus mit aller gebotenen Energie und Wachsamkeit auszufüllen.

Ich stimme daher der vom Genossen Kulikow und den anderen Genossen dargelegten Notwendigkeit nachdrücklich zu, der aggressiven Politik der NATO die einheitliche Linie der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages entgegenzustellen, die gefährlichen Pläne zur Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa zu durchkreuzen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die zur weiteren Erhöhung der Wachsamkeit, der Gefechtsbereitschaft der verbündeten Armeen, zur Festigung der Organisation des Warschauer Vertrages, des Friedens und der Sicherheit der Völker der sozialistischen Staatengemeinschaft beitragen.

Wie uns allen bekannt ist, soll in der Zeit vom 11. 12. bis 14. 12. 1979 in BRÜSSEL die nächste NATO-Ratstagung durchgeführt werden.

Aus den Veröffentlichungen geht hervor, daß auf dieser Tagung weitreichende Beschlüsse gefaßt werden sollen, um die Aggressionsbereitschaft der NATO-Streitkräfte weiter zu erhöhen.

In Abhängigkeit von den Ergebnissen der NATO-Ratssitzung erscheint es überlegenswert zu prüfen, ob sich nicht daraus die Notwendigkeit ergibt, eine nochmalige Zusammenkunft des Komitees der Verteidigungsminister vorzusehen, um kurzfristig abgestimmte Maßnahmen gegen die wahrscheinlichen Absichten der NATO einzuleiten.

Werte Genossen!

Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, der mich beauftragt hat, Ihnen allen die herzlichsten Grüße auszurichten und der unserer Tagung vollen Erfolg wünscht, sagte auf der historischen Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR: "Wir wußten immer und wissen auch heute, daß der Frieden, die Lösung dieser Lebensfrage für die Menschheit, hartnäckig und zäh errungen sein will. Denn der Imperialismus bleibt seinem Wesen nach aggressiv und in vieler Hinsicht unberechenbar. Täglich bewahrheitet sich Lenins Feststellung neu, wonach nur eine solche Revolution etwas wert ist, die sich auch zu verteidigen versteht."

Der vorbereitete Beschlußentwurf zum 1. Tagesordnungspunkt findet meine Zustimmung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!